

# European Liaison Committee

## "Against War – Against Social War"

### Spanien:

Wir möchten das Manifest "Nie wieder Krieg!" unterstützen und betonen, wie wichtig sein dringender Aufruf für Frieden und internationaler Zusammenarbeit anstelle von zunehmender Militarisierung und eskalierenden Konflikten ist. In einer Welt, in der Kriege in der Ukraine, im Gazastreifen und in anderen Regionen nur noch mehr Leid und Zerstörung verursachen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir uns zusammenschließen, um die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und den Abzug der Atomwaffen zu fordern. Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Dienstleistungen statt in die Rüstungsindustrie sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen und gerechten Zukunft.

Die Demonstration am 3. Oktober in Berlin ist eine Gelegenheit, unsere Stimme gegen Krieg und für eine friedliche, solidarische und demokratische Gesellschaft zu erheben. Es ist an der Zeit, dass wir uns für den Frieden einsetzen, bevor es zu spät ist.

*Laura Castel, Senatorin für Katalonien im spanischen Senat.*

*Jordi Salvador, Abgeordneter für Katalonien im spanischen Kongress.*

---

### ASOCIACIÓN TRABAJO Y DEMOCRACIA

VEREINIGUNG VON ARBEIT UND DEMOKRATIE -

#### Unterstützung für die Demonstration am 3. Oktober in Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Durch das Bulletin des Europäischen Verbindungskomitees gegen den Krieg haben wir von der Demonstration erfahren, die ihr für kommenden Donnerstag, den 3. Oktober, vor dem Brandenburger Tor unter dem Motto "Nie wieder Krieg, legt die Waffen nieder" organisiert.

Im Namen der Vereinigung Arbeit und Demokratie (ASTRADE), dem Herausgeber der Zeitschrift Tribuna Socialista, sende ich euch eine Botschaft der Unterstützung, Solidarität und Ermutigung in eurem Kampf. Der Krieg in Europa, der auf ukrainischem Boden stattfindet und im Februar sein drittes Jahr des Konflikts feiert, dezimiert die russische und ukrainische Jugend; Wie immer ist der Krieg nicht der Volkskrieg, sondern die Toten werden von der Arbeiterklasse der Völker geführt. Das Gleiche geschieht in Palästina und im Libanon.

Diejenigen, die sich für den Krieg interessieren, die ihn provozieren und diejenigen, die ihn nähren, profitieren vom Waffenmarkt und spekulieren mit Energie, Nahrungsmitteln und allen Grundprodukten. Der Krieg ist ein Brennpunkt der Plünderung der sozialen Mehrheit aller Völker Europas, daher sind wir alle besorgt, den Krieg abzulehnen und Frieden und einen Waffenstillstand zu fordern.

Wir verfolgen aufmerksam die Vorbereitungen für die Konferenz, die am 2. November in Berlin stattfinden wird, und sehen den Ergebnissen erwartungsvoll entgegen. Wir ermutigen Sie, den Kampf, den Sie führen, fortzusetzen. Wir senden euch einen brüderlichen Gruß.



"Gegen den Krieg, gegen den sozialen Krieg"

Roberto Tornamira Sánchez

Vorsitzender des Verwaltungsrats von ASTRADE

1. Oktober 2024

**Anmerkung: Astrade ist ein Zusammenschluss von aktiven Gewerkschaftern, vor allem der UGT.**

---

## Schweiz



### Netzwerk der Gewerkschafter für den Waffenstillstand in Gaza:

Wir begrüßen Ihre Initiative, in Berlin eine bundesweite Demonstration gegen Krieg und sozialen Krieg einzuberufen.

Wie Sie wissen, hat der israelische Staat seit mehr als elf Monaten, fast einem Jahr, mit der gleichen Unerbittlichkeit und Intensität seinen völkermörderischen Krieg gegen das palästinensische Volk in Gaza unerbittlich fortgesetzt und dabei mehr als 140.000 Palästinenser getötet und verletzt, zwei Drittel davon Frauen und Kinder und die Zerstörung fast der gesamten zivilen Infrastruktur. Kein Krieg der Gegenwart hat mehr als 90 % der Bevölkerung in die Vertreibung getrieben, kein Krieg hat proportional so viele Frauen und Kinder, Journalisten, humanitäre Helfer usw. getötet, kein Krieg hat systematisch so viele Krankenhäuser, Schulen und lebenswichtige Zivilisten ins Visier genommen Installationen... Und nun ist das libanesische Volk an der Reihe, unter den Folgen eines kolonialen Massenvernichtungskrieges zu leiden.

In der Schweiz verfolgt der Bundesrat seit dem 7. Oktober 2023 die gleiche Politik. Eine und dieselbe Politik, ob sie nun die internationalen Beziehungen, insbesondere die Unterstützung des Staates Israel, oder die sozialen Beziehungen in der Schweiz betrifft.

### Was stellen wir fest?

Das Parlament hat mit Unterstützung des Bundesrats **eine Erhöhung des Militärbudgets von 5 auf 7 Milliarden Franken** verabschiedet. Es ist auch eine beschleunigte Annäherung und Zusammenarbeit mit dem NATO-Bündnis festzustellen und dies unter der Kontrolle des Weißen Hauses.

Der Bundesrat hat sich für das israelische Unternehmen Elbit Systems entschieden, um die veralteten Telekommunikationsgeräte der Armee zu ersetzen. Das Schweizer Rüstungsunternehmen RUAG kooperierte und war an der Herstellung der von der israelischen Armee verwendeten Hermes-900-Drohnen beteiligt.

Am 9. September 2024, unterstützte der Nationalrat schändlicherweise die Streichung der Schweizer Unterstützung für die UNWRA, die bereits auf 10 Millionen gekürzt worden war. Gleichzeitig wurden fast 15 Millionen für eine sogenannte Friedenskonferenz in der Ukraine ausgegeben, die nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges zum Ziel hatte!

**In einem Kontext, indem:**

Auf wirtschaftlicher Ebene die Reallöhne in der Schweiz laut Daniel Lampart vom SGB heute unter dem Niveau von 2019 liegen, während die Produktivität um mehr als 1,5 % pro Jahr gestiegen ist, also um 7,5 % in fünf Jahren!

Die Gewinne kommen nicht den Beschäftigten zugute, sondern den Aktionären und Arbeitgebern. Das Jahr 2023 markiert einen neuen Rekord: Noch nie wurden so viele Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet, laut der SNB 46,6 Milliarden Franken.

Hinzu kommt, dass die Finanzindustrie Milliarden aus den Pensionskassen gestohlen hat, während wir über eine Reform des BVG 21 abstimmen sollen, die von uns verlangt, mehr zu bezahlen, um im Alter weniger zu erhalten!

### **Eine föderale Sparsamkeit für eine kriegerische Wirtschaft.**

Für das Jahr 2025 hat der Bundesrat beschlossen, von den 85,7 Milliarden des Gesamtbudgets des Bundes, unseres Geldes, fast 2,5 Milliarden zu kürzen. Die Kürzungen werden sich auf die internationale Zusammenarbeit, die Kultur, die Landwirtschaft, den regionalen Personenverkehr oder die Umwelt auswirken. Auch der Beitrag des Bundes zur AHV und zur Arbeitslosenversicherung soll gekürzt werden.

Der Bundesrat betreibt eine Politik für die 1%, die sich bereichern; Banker, Spekulanten, Versicherer auf Kosten der Mehrheit des Volkes, die verarmt; Rentner, Menschen in der Ausbildung, Frauen und Migrantinnen und Migranten.

Während unsere Schwestern und Brüder in Palästina, in der Ukraine und überall sonst, wo Kriege toben, ermordet werden, steigern Waffenhändler und Industrielle ihre Profite.

Am 21. September fand in Bern eine landesweite Demonstration statt, bei der es hieß: Schluss mit der Infragestellung unserer Errungenschaften, Schluss mit der Sparpolitik, denn die Löhne steigen. Mehr als 15.000 Arbeiter folgten dem Aufruf. Unser Netzwerk von Gewerkschaftern für den Waffenstillstand in Gaza hat eine Sektion organisiert, um unsere politischen und gewerkschaftlichen Führer sowie den Bundesrat aufzufordern, sich endlich für einen sofortigen Waffenstillstand in Palästina einzusetzen!

Am nächsten Tag lehnte eine Volksabstimmung die Rentenpolitik der Regierung und des Bundesparlaments ab, indem sie einen Gesetzentwurf weitgehend ablehnte, der die Beiträge und Zahlungsjahre erhöht hätte, um letztendlich weniger Geld im Ruhestand zu erhalten.

Es ist die Menschheit, die in Palästina ermordet wird! Das dürfen wir nicht zulassen! Solidarität über Grenzen hinweg ist ein Gründungswert unserer Gewerkschaften. Wir sind hier, um uns dem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten und dem völkermörderischen Krieg in Palästina entgegenzustellen.

- **Sofortige Waffenruhe in Gaza!**
- **Embargo für Exporte nach Israel!**
- **Volle Finanzierung der UNRWA!**
- **Höhere Löhne und Lohngleichheit jetzt!**

**Für das Netzwerk der Gewerkschafter für den Waffenstillstand in Gaza:**

*Albert Anor, Mickaël Beday*

---

## Serbien

Das Komitee gegen Krieg und Imperialismus unterstützt die Demonstrationen in Berlin und unterstützt den Appell, der vom Europäischen Verbindungskomitee gegen den Krieg formuliert wurde. Seit der Gründung unseres Komitees in Serbien haben wir drei offene Treffen abgehalten, darunter die Antikriegskonferenz auf dem Balkan, bei der wir mit GenossInnen aus dem Balkan, vom Europäischen Verbindungskomitee und aus dem Kaukasus zusammenkamen.

Während der Konferenz haben wir die Situation in unseren Ländern diskutiert und vorgestellt, wie man für die Beendigung des Krieges und die Folgen, die er für die Gesellschaft hat, kämpfen kann. Wir haben auch einen Anti-NATO-Protest am 24. März dieses Jahres organisiert. Der Protest fand am 25. Jahrestag der NATO-Bombardierung Serbiens statt, wo wir die Menschen an die Rolle erinnerten, die die NATO in der Welt spielt, und daran, wie die serbische Regierung den Krieg unterstützt, indem sie Waffen in die Ukraine und nach Israel liefert.

In Serbien führt die Regierung die Wehrpflicht ein, ebenso wie in Kroatien. Die Regierungen bereiten den Krieg vor, sie bereiten das Volk darauf vor, Kanonenfutter zu sein, damit die Armen im Dienste des Profits der Reichen sterben. Jetzt ist es mehr als notwendig, sich gegen den Krieg zu organisieren und seine Eskalation zu verhindern.

Jetzt, wo die ganze Welt die sozialen Folgen von Kriegsbudgets und Waffenlieferungen zu spüren bekommt. Auch wenn die Situationen in jedem unserer Länder einzigartig sind, kämpfen wir den gleichen Kampf, und nur wenn wir uns gemeinsam auf internationaler Ebene organisieren und gleichzeitig gegen unsere Regierungen kämpfen, die den Krieg finanzieren, können wir Erfolg haben.

*Serbisches Komitee gegen Krieg und Imperialismus*

---

## Norwegen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Grüße von der Partei für Frieden und Gerechtigkeit in Norwegen. (FOR)

Die Hauptgrundlage der internationalen Arbeiterbewegung ist der grundlegende Gedanke, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht, ihrer Nationalität, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer Klassenzugehörigkeit, die gleichen Grundfreiheiten, die gleichen grundlegenden Menschenrechte genießen sollten, einschließlich des gleichen Rechts, die Mittel zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Lebensstandards zu erwerben.

WENN wir es uns erlauben würden, uns NICHT vollständig in der Solidaritätsbewegung gegen den anhaltenden Völkermord zu engagieren, würde dieses moralische Fundament der Arbeiterbewegung zusammenbrechen.

Und wir müssen uns im Klaren sein: Das derzeitige israelische Regime, das im Oktober 2022 gewählt wurde, ist ein völkermörderisches Regime, das sich voll und ganz der Auslöschung der Palästinenser als nationaler Gruppe verschrieben hat, entweder durch ihre direkte Tötung oder dadurch, dass es ihnen die Bedingungen für ein Überleben in ihrer Heimat unmöglich macht. Zwei Wochen vor dem 7. Oktober letzten Jahres trat Benjamin Netanjahu vor der UNO auf und präsentierte eine Karte des "neuen Nahen Ostens", auf der Israel nicht nur die syrischen Golanhöhen und Ostjerusalem, die zuvor illegal von Israel annektiert worden waren, sondern auch das gesamte palästinensische Westjordanland UND den Gazastreifen umfasst. Glaubt irgendjemand, dass Netanjahu vorhatte, den weit über 6 Millionen Palästinensern, die derzeit in den Gebieten leben, die er zu annektieren plant, die Staatsbürgerschaft zu gewähren? Nein, natürlich nicht. Wenn er das täte, wäre Israel nicht länger

ein Staat mit jüdischer Mehrheit. Der Völkermord in Gaza ist also keine unbeabsichtigte Folge der Reaktion auf den palästinensischen Gegenschlag vom 7. Oktober. Es handelt sich um eine Operation, die für den Moment geplant ist, in dem die Palästinenser - wie und wann auch immer - eine Art Gegenschlag zu den ständigen Provokationen, einschließlich der Angriffe auf heilige Stätten in Jerusalem, und zu den völkermörderischen Aktionen auf niedriger Ebene im Westjordanland, die von Siedler-Wachen durchgeführt werden, versuchen. Das Ziel Israels besteht eindeutig darin, die überlebenden Palästinenser in die Nachbarländer zu vertreiben, und zwar nicht nur außerhalb Israels, sondern auch außerhalb dessen, was von Palästina übrig geblieben ist; außerhalb des Westjordanlandes und des Gazastreifens.

Wenn wir uns unsensibilisieren, um einem solchen Völkermord stillschweigend beizuwohnen, wie könnten wir dann überhaupt irgendeine Art von Klassensolidarität unter den Arbeitern innerhalb unserer eigenen Länder gegen die Ausbeutung mobilisieren?

Die Idee, dass jede Nation für sich selbst ist, würde bald von der Idee der Rechten gefolgt werden, dass jeder für sich selbst innerhalb jeder Nation ist. Ein uneingeschränktes Engagement für die Solidarität mit Palästina ist daher nicht nur moralisch, sondern auch strategisch eine Notwendigkeit, um dem allgemeinen Ansturm der Rechten standzuhalten.

Ein Hauptwerkzeug, das eingesetzt wird, um den Widerstand gegen den anhaltenden Völkermord zu lähmen, besteht darin, der Palästina-Solidaritätsbewegung den falschen Vorwurf des Antisemitismus zu machen. Die Arbeiterbewegung muss darauf vorbereitet sein. Wir dürfen nicht zurückschrecken, sondern müssen zurückschlagen. Wir müssen alle Definitionen von Antisemitismus, die den Hass auf Juden im Allgemeinen mit dem Widerstand gegen den israelischen Staat und den Zionismus vermischen, kategorisch zurückweisen und anprangern.

Stattdessen müssen wir betonen, dass sich viele Juden an der Solidaritätsbewegung für Palästina beteiligen und dass viele der extremsten Zionisten keine Juden sind, sondern verrückte christliche Fundamentalisten, die glauben, dass die Versammlung der Juden in Palästina eine Voraussetzung für die Rückkehr Jesu auf die Erde ist. Und wir müssen den impliziten Antisemitismus all derer anprangern, die Israel und die Juden als Volk gleichsetzen und damit indirekt alle Juden beschuldigen, Unterstützer des Völkermords zu sein.

Wir müssen uns auch jedem Versuch widersetzen, in dieser Zeit einen nationalen Konsens zu schaffen, um erhöhte Rüstungsausgaben zu unterstützen, und diese verurteilen. Wir müssen deutlich machen, dass JEDER zusätzliche Euro, der für die so genannte Verteidigung ausgegeben wird, in Wirklichkeit Geld ist, das dafür ausgegeben wird, den Völkermord in Palästina zu unterstützen, indem eine westliche Hegemonie aufrechterhalten wird, die nicht mehr auf irgendeiner Art von moralischem oder ideologischem Appell beruht, auch nicht auf wirtschaftlicher Dominanz, sondern ausschließlich auf brutaler militärischer Gewalt.

Solche Ausgaben bringen den Menschen im Westen keinen Millimeter Sicherheit, aber sie helfen den Gewinnmargen des in den militärisch-industriellen Komplex investierten Kapitals.

Wir müssen von Anfang an klarstellen, dass höhere Militärausgaben auch auf direkte Kosten der Arbeitnehmer gehen, nämlich in Form von Kürzungen der Sozialausgaben. Unsere Strategie muss daher klar sein: Wir müssen den Völkermord und die falschen Narrative, die zur Legitimierung oder Tarnung des laufenden Völkermordes aufgestellt werden, bekämpfen, sowohl als moralische Verpflichtung, aber auch, weil seine Akzeptanz die moralische Grundlage des Wohlfahrtsstaates zerstören wird. Gleichzeitig müssen wir jeden Vorschlag zur Kürzung der Sozialausgaben konsequent bekämpfen, nicht nur wegen der damit verbundenen Kürzungen, sondern auch, weil solche Kürzungen als Teil der "nationalen Solidarität" zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben den anhaltenden Völkermord erst möglich machen.

*Marielle Lerand, Vorsitzende der FOR*

---

## Frankreich

### Grußadresse von Jérôme Legavre, LFI-Abgeordneter aus Seine Saint Denis

Ich begrüße und unterstütze voll und ganz die bundesweite Demonstration, die Ihr heute in Berlin organisiert und die ein großartiges Zeichen der Ermutigung und ein Stützpunkt für den Widerstand auf internationaler Ebene ist.

Seit einem Jahr findet in Gaza das entsetzliche Gemetzel am palästinensischen Volk statt, durch die Netanjahu-Regierung direkt vor unseren Augen statt. Eine ganze Bevölkerung ist auf den 360 km<sup>2</sup> des Gazastreifens eingesperrt, diesem Freiluftgefängnis, das zu einem Massengrab unter freiem Himmel geworden ist. Ohne Fluchtmöglichkeit sind sie den ständigen Bombardements in einer Stadt ausgeliefert, die zu mehr als 85% dem Erdboden gleichgemacht wurde. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Trinkwasser und Medikamenten ist unterbrochen und kommt nur noch tröpfchenweise an. Die Opfer dieses von der Netanjahu-Regierung geplanten und organisierten Massenmords gehen in die Zehntausende. Seit einem Jahr werden in Frankreich die Stimmen, die einen Waffenstillstand fordern, verleumdet und beschuldigt, den Antisemitismus zu fördern. Schlimmer noch, sie werden von der Regierung von Emmanuel Macron unterdrückt und beunruhigt. Man muss dazu sagen, dass dieselbe Regierung behauptet hat, dass man Israel bedingungslos unterstützen müsse. Und in der Tat liefert die französische Regierung, ebenso wie die amerikanische und die EU, weiterhin Waffen an Netanjahu, was sie de facto zu Komplizen bei den laufenden Massakern macht.

Trotz allen Drucks, mit dem versucht wird, die Stimmen des Widerstands zum Schweigen zu bringen, sind in der Bevölkerung der Abscheu und die Missbilligung des Unerträglichen riesengroß.

Stellen Sie die Feuerpause ein! Das ist der einzige Weg, um den Horror zu stoppen, die Eskalation aufzuhalten, die alle Völker der Region, die Völker auf beiden Seiten, in die Katastrophe zu reißen droht.

Während wir hier sprechen, sind im besetzten Westjordanland Morde und Übergriffe an der Tagesordnung. Der Libanon wird von der israelischen Armee überrannt. Und auf den iranischen Raketenangriff droht Netanjahu heute mit einem massiven Gegenschlag, der jederzeit in einen allgemeinen Konflikt münden kann.

Stoppt die Massaker! Stoppt die Spirale des Todes und des Terrors!

Wiederholen wir es: Ohne die von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Deutschland gelieferten Waffen: wären der Massenmord in Gaza und die Invasion des Libanon unmöglich! Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an die israelische Regierung.

Und wie könnten wir nicht auf das Gemetzel hinweisen, das auf dem europäischen Kontinent mit Hilfe und Ermutigung durch unsere eigenen Regierungen stattfindet? Seit zweieinhalb Jahren findet in der Ukraine ein grausamer Krieg statt. Die Zahl der Opfer beläuft sich auf fast eine Million. 500.000 auf ukrainischer wie auch auf russischer Seite. Jedes Mal sind die Völker die Opfer. Währenddessen wird Putins Regime auf der Grundlage von Krieg und Unterdrückung immer reicher und wohlhabender. Auf der anderen Seite jagt und unterdrückt Selenskyj, der im Westen als Freiheitskämpfer dargestellt wird, Gewerkschaftsaktivisten und Gegner seines Regimes. Aber die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und der USA erklären, dass es keinen anderen Weg gibt, als ihm immer mehr Waffen zu liefern. Sie diskutieren gerade über die Lieferung von Langstreckenraketen, die auf russischen Boden zielen sollen, also auf eine Macht, die über Atomwaffen verfügt. Sie berufen sich auf Freiheit, Demokratie und die Verteidigung des ukrainischen Volkes. Das Schicksal des ukrainischen Volkes ist ihnen egal, das Schicksal der Völker ist ihnen egal.

Der französische Militärminister erklärte Ende 2023: „Man muss es anerkennen: Der Krieg in der Ukraine ist eine großartige Chance für unsere Rüstungsindustrie. Die Waffenverkäufe explodieren überall und mit ihnen die Profite der Händler des Todes, die sich auf Kosten der Völker den Bauch vollschlagen. Gleichzeitig setzen unsere Regierungen und insbesondere die französische Regierung klare Kürzungen in allen Budgets durch. Außer in denen für die Unterdrückung und das Militär. In Frankreich, wo mittlerweile mehr als 11,5 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben, und mehr als 2000 Kinder auf der Straße leben. Die Budgets für die Kinderfürsorge werden gekürzt, aber die Armee wird in den nächsten fünf Jahren ein Budget von 413 Milliarden erhalten!

Man muss die Dinge beim Namen nennen: Unsere Regierungen, die im Dienste der Großkapitalisten stehen, marschieren in den Krieg. Nur die Mobilisierung der größtmöglichen Zahl, der Völker und der Arbeitnehmer, kann einen Ausweg eröffnen!

Eure Mobilisierung, Eure Losungen sind die unseren: „Nein zu Krieg und Aufrüstung, Ja zu Frieden und internationaler Solidarität“. Mehr denn je:

Blieben wir vereint!

---

### **Grußadresse der POI (Unabhängige Arbeiterpartei)**

An die Organisatoren der bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin

Paris am 2. Oktober 2024

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Die Unabhängige Arbeiterpartei (POI) in Frankreich möchte Eure Initiative für eine nationale Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin "Nein zu Krieg und Aufrüstung, Ja zu Frieden und internationaler Solidarität" voll und ganz unterstützen.

Die kriegerische Eskalation, die in den letzten Tagen eine neue Stufe erreicht hat, nachdem Netanjahu bald ein Jahr lang Völkermord in Gaza verübt hat und der Krieg in der Ukraine seit über zwei Jahren andauert, muss sofort beendet werden.

Am 30. September forderte der französische Außenminister Israel auf, einen Landüberfall auf den Libanon zu vermeiden. Doch unmittelbar danach ordnete Netanjahu den Einmarsch an. Seit Monaten vervielfacht die französische Regierung ihre zaghafte Forderungen, obwohl sie genau weiß, dass sie nicht umgesetzt werden, da die Netanjahu-Regierung weiterhin von allen westlichen Staaten, einschließlich des von Macron geleiteten französischen Staates, bewaffnet und ausgerüstet wird. Ohne diese Waffen wären das Blutvergießen in Gaza und die blutige Offensive gegen den Libanon nicht möglich.

Als Unterzeichnerin des Aufrufs vom 4. Mai gegen den Krieg auf Initiative des Europäischen Verbindungskomitees gegen den Krieg und engagiert hier in Frankreich, um Macron zu zwingen, die Waffenlieferungen zu stoppen und den Krieg zu beenden, stellt die POI fest, dass Eure Initiative sich dieser gleichen Entschlossenheit anschließt, das aktuelle Gemetzel zu stoppen.

Deshalb bietet Euch die POI ihre volle und uneingeschränkte Unterstützung an.

Für die Unabhängige Arbeiterpartei

Adrien Duquenoy

---

## Polen

### Polnische Solidaritätsadresse an die Demonstration, Berlin, 3. Oktober 2024

In der Botschaft zur Demonstration am 25. November 2023 schrieben wir über das wahnsinnige Ausmaß der polnischen Rüstungsausgaben.

Ein Jahr ist vergangen und die Situation hat sich dramatisch verschlechtert.

Seit dem 13. Dezember 2023 wird Polen von einer neuen Koalition regiert, die aus Parteien besteht, die die Wahl mit dem Versprechen gewonnen haben, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, die Beziehungen zu Europa zu verbessern, aber auch mit der nationalistischen Rhetorik und Politik der rechtspopulistischen Regierung von Recht und Gerechtigkeit zu brechen. Dennoch hat die Regierung von Premierminister Donald Tusk im Haushalt 2025 4,7 Prozent des BIP – 43,5 Milliarden Euro – für Rüstungsausgaben vorgesehen. Zum Vergleich: Das gesamte polnische Gesundheitsbudget beläuft sich auf 51,5 Milliarden Euro. 4,7 Prozent des BIP sind der größte Anteil an Rüstungsausgaben in der NATO. Unterdessen verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage, und immer mehr Unternehmen kündigen Massenentlassungen an.

Einseitige Propaganda, die aus allen Massenmedien strömt und von allen Politikern praktiziert wird, unabhängig von ihrer Ausrichtung, beeinflusst die öffentliche Meinung. Umfragen zufolge sind drei Viertel der Polen mit einer Erhöhung der Rüstungsausgaben einverstanden. 37 Prozent von ihnen sind „voll und ganz einverstanden“. Nur 3 Prozent der polnischen Bürger sind „stark dagegen“. Medien aller Art – in Polen gibt es im Grunde keine objektiven und politisch neutralen Medien – lassen keine kritischen Stimmen zum Wettrüsten zu, und Aufrufe zum Frieden werden immer noch als russische Propaganda abgetan.

Nur sehr wenige Polen sind sich der tragischen Lage der Palästinenser bewusst – ebenso wenig wie des Ausmaßes der Kriegsgefahr im Nahen Osten, die durch den Angriff Israels auf den Libanon in den letzten Tagen dramatisch zugenommen hat. Die meisten Polen leben in einem „osteuropäischen Kokon“, in dem der russisch-ukrainische Konflikt das einzige Problem der Welt ist. Auch die Wahlergebnisse in anderen Ländern werden in Polen danach beurteilt, ob die neue Regierung bereit sein wird, die Ukraine vorbehaltlos militärisch zu unterstützen.

Andererseits ist es jedoch erwähnenswert, dass die Polen in Umfragen, die von einer internationalen Institution durchgeführt wurden, eine viel ausgewogenere Sicht auf die Situation jenseits unserer Ostgrenze äußern. Laut einer Umfrage des European Council on Foreign Relations in 12 europäischen Ländern sind die Polen die Nation, die am ehesten an einen militärischen Sieg der Ukraine über Russland glaubt. Allerdings glauben nur 17,4 Prozent an ein solches Ende des Konflikts. Dies steht in krassem Gegensatz zu den vorherrschenden Meinungen unter Politikern, Journalisten und Experten, die keine andere Möglichkeit zur Beendigung des Krieges zulassen.

In der polnischen Sprache gibt es ein Sprichwort, das von Ovid stammt: „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Es ist nicht der schnellste oder effektivste Weg, Dinge zu ändern – aber wir glauben, dass unsere Arbeit zur Veränderung der öffentlichen Einstellung zu Krieg, Frieden und Wettrüsten langsam Früchte trägt. Wir hoffen, dass wir durch die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Verbindungskomitee in der Lage sein werden, den Grundstein für eine bedeutende Friedensbewegung in unserem Land zu legen.

Für das polnische Verbindungskomitee „Gegen Krieg – gegen Sozialen Krieg“

Agnieszka Wolk-Laniewska, Maciej Wisniowski

---



# Österreich

## Grußadresse

Die aktuellen Kriege stellen Fragen erneut, die die Arbeiter\*innenbewegung eigentlich schon lange beantwortet hat. Selbst Parteien, die sich auf diese Tradition beziehen, ignorieren diese Antworten bewusst, um im Interesse des Profits zu verbergen, dass die Arbeiter\*innenklasse niemals ein Interesse an Kriegen zwischen Nationen hat.

Also ist es wie 1914 an uns, von unten gegen den Krieg zu kämpfen. Blockaden des Transports von Rüstungsgütern durch Arbeiter\*innen in Belarus, Griechenland und Italien zeigen, dass der Geist des Internationalismus lebendig ist. Das sind die Methoden der Arbeiter\*innenbewegung im Kampf gegen den Krieg.

Obwohl nahezu alle Staaten angeblich kein Geld für das haben, was wir wirklich brauchen – Sozialstaat, ein funktionierendes Gesundheitssystem, Bildung, den Kampf gegen die Klimakatastrophe, kürzere Arbeitszeiten – können sie plötzlich Milliarden für Aufrüstung ausgeben. Auch im ach so neutralen Österreich soll massiv aufgerüstet werden. Kriegstreiberei regiert den politischen Diskurs. Fast alle Parteien sehen plötzlich keinen Widerspruch zwischen Neutralität und der Beteiligung an Skyshield. Der Spitzenkandidat der Grünen bei der Parlamentswahl letztes Wochenende hat sich nicht einmal entblödet, diesen als Instrument gegen den Terror zu verklären. Der alte Spruch „Die Wahrheit ist stets das erste Opfer des Krieges“ passt also auch in einem scheinbar neutralen Land perfekt zur veröffentlichten politischen Diskussion.

Damit hat er den rassistischen Diskurs bedient, welcher diesen Wahlkampf prägte. Schließlich sind es ja einzig Flüchtlinge, die Terrorakte begehen, was eine blanke Lüge ist. Aber um die Spaltung der Arbeiter\*innenklasse entlang nationaler Linien im Interesse des Kapitals abzusichern, kann schon mal die Wahrheit ein wenig 'umgedeutet' werden.

Die gegenwärtigen Kriege sind Ausdruck einer Krise des Systems. Einer Krise des Kapitalismus. Denn Kriege sind die schärfste Form des Verteilungskampfes um mehr und mehr Profit. Nur der Sturz des Profitsystems kann also die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Geißel des Krieges endgültig auf dem Müllhaufen der Geschichte landet.

Keinen Cent und keinen Menschen für dieses Heer war das traditionelle Motto der österreichischen Sozialdemokratie, bevor diese sich 1914 der Kriegstreiberei des nationalen Kapitals unterwarf. Im ersten Programm der SPÖ von 1889 wurde gar die Auflösung aller stehenden Heere gefordert. Eine Forderung, die bis heute nichts von ihrer Richtigkeit und Aktualität eingebüßt hat.

Krieg dem Krieg! Sozialausbau und internationale Solidarität statt Sozialabbau und Festung Europa! Hoch die internationale Solidarität!

Axel Magnus, Sozialdemokrat\*innen und Gewerkschafter\*innen gegen Notstandspolitik, Österreich